

SCHULPOLITIK

Das teure Armutszzeugnis

Länger gemeinsam lernen, das ist das Mantra der neuen NRW-Regierung. Viel Ideologie und keine Fachkenntnis, kritisiert Lehrerverbandschef Josef Kraus.

VON JOSEF KRAUS

15. Juli 2010

ERSCHÖPFT: Seit dem Pisa-Schock müssen Schulkinder eine Reform nach der anderen verkraften.

In den 1970er- und 1980er-Jahren gehörte Nordrhein-Westfalen zu den Frontländern der sogenannten Bildungsreform. Dem gegliederten Schulwesen sollte im Egalisierungswahn der Garaus gemacht werden, und die Lehrpläne der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer sollten in ihrer marxistischen Grundierung den berühmt-berüchtigten hessischen Rahmenplänen in nichts nachstehen. Die Riesenschlappe nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren von 1978 gegen die Kooperative Gesamtschule („Koop“) und einige besonnene SPD-Schulminister sorgten später dafür, dass NRW bildungsideologisch zeitweise aus den Schlagzeilen verschwand.

Im Jahr 2010 ist das Bundesland drauf und dran, schulpolitisch an seine unrühmliche Vergangenheit anzuknüpfen. Wenn es nach dem Willen der rot-grünen Minderheitskoalition geht, soll die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre verlängert werden. Außerdem soll binnen fünf Jahren „mindestens“ ein Drittel der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien (in der Summe sind dies 700 Schulen) in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Die Minderheitsregierung wird dabei vermutlich auf die Unterstützung der Linksfraktion rechnen können.

Begründet wird das Paket mit der Zukunftsfähigkeit des Landes und selbstredend mit einem Zugewinn an Bildungsgerechtigkeit. Was sich harmlos liest, wird aber einen Schul- und Kulturkampf ohnegleichen anzetteln. Wenn die Presse in den letzten Tagen von einem NRW-„Reförmchen“ oder allenfalls von einem „Schulkampf light“ schreibt, dann ermisst sie die Tragweite der rot-(rot)-grünen Absichten nicht. Viel zu selten wird auch deutlich, dass ein neues, rot-grün regiertes NRW schulpolitische Modelle zu reanimieren versucht, die immer und immer wieder gescheitert sind.

Die Frage nach der sinnvollen Dauer der Grundschule ist längst eindeutig beantwortet: In der vierten Grundschulklasse ist die Eignung eines Kindes für eine weiterführende Schulform und – umgekehrt – die Eignung einer Schulform für die Förderansprüche eines Kindes solide einschätzbar. Diese Einschätzung gelingt zu keinem späteren Zeitpunkt besser – schon gar nicht, wenn sich die Heranwachsenden in den Verwerfungen der Vorpubertät befinden. Mehr noch: Ein um zwei Schuljahre verzögerter Übertritt provoziert eine erhebliche Unterforderung Gymnasialgeeigneter in den Jahrgangsstufen fünf und sechs sowie eine erhebliche Überforderung der für ein Gymnasium nicht Geeigneten; damit leiden die Schulleistungen aller Schüler, wenn zu spät differenziert wird.

Diese Nachteile sind seit vier Jahrzehnten bekannt. Alle namhaften Studien sagen eindeutig aus: Sechsjährige Grundschule bringt nichts. Länder wie Berlin und Brandenburg mit einer sechsjährigen Grundschule gehören zu den innerdeutschen Pisa-Verlierern. 1970 bereits hatte das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPIB) festgestellt: „Bei einem Vergleich der Schulleistungen in Mathematik, Englisch und Deutsch zeigten sich hier beträchtliche Leistungsnachteile bei den Kindern, die eine sechsjährige Grundschule besucht hatten, im Unterschied zu den Übergängen nach Klasse vier.“

Diese Urteile setzten sich fort. Peter Roeders (MPIB, Berlin) Fazit lautet 1997: „Die Leistungen nach sechsjähriger Grundschule liegen erheblich unter denen von Schülern, die den Wechsel aufs Gymnasium bereits nach der vierten Grundschulklasse vollzogen haben. Für Englisch und Mathematik beträgt der Unterschied etwa eine Standardabweichung“, also mehr als ein Schuljahr. Kurt Heller von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität stellt seit 1999 regelmäßig fest: „Eine Verlängerung der vierjährigen Grundschule würde keine erkennbaren Vorteile, wohl aber mit Sicherheit Nachteile für viele Grundschüler mit sich bringen. Diese betreffen nicht nur Leistungsaspekte, sondern tangieren die gesamte Persönlichkeitsentwicklung.“

Die soziale Schere öffnet sich

Kaum anders die „Element-Studie“ von Rainer Lehmann vom April 2008. Danach beträgt der Rückstand im Vergleich mit Schülern, die nach der vierten Klasse in eine weiterführende Schule gehen können am Ende der sechsten Grundschulklasse im Lesen eineinhalb Jahre, in Mathematik und Englisch zwei Jahre. Zwei Extrajahre Grundschule bringen zudem keinerlei Abbau sozialer Disparitäten. Die soziale Schere öffnet sich sogar noch weiter. Selbst der Lehmann-Kritiker Jürgen Baumert – der vormalige „Pisa-Papst“ – räumte zuletzt in mehreren Interviews ein: Es gibt keine belastbare Studie, die bestätigen könne, dass ein längeres gemeinsames Lernen sinnvoll sei.

Festzuhalten ist zudem: Eine verspätete Differenzierung ist und bleibt ungerecht gegenüber begabten Kindern aus sogenannten bildungsfernen Schichten. Während Eltern bildungsnaher Schichten ihre Kinder bei einem späteren Übertritt an eine weiterführende Schule privat fördern können, bleibt ihren Alterskollegen aus bildungsfernen Elternhäusern die individuelle schulische Förderung, die sie in einer für sie passenden Schule bereits in der fünften und sechsten Klasse erfahren könnten, versagt.

Nun soll in NRW an die verlängerte Grundschule zudem eine Gemeinschaftsschule anschließen. Eine Schule dieser Art, die Gesamtschule, hat in Deutschland Jahrzehnte durchschlagender Erfolglosigkeit hinter sich.

Die Empirie ist eindeutig. Bereits Untersuchungen der 1970er- und 1980er-Jahre (Helmut Fend, Aloysius Regenbrecht, Kurt Aurin, Heinrich Wottawa) haben gezeigt: Gesamtschule ist weit davon entfernt, einem Vergleich mit dem gegliederten Schulsystem standhalten zu können. Regenbrecht etwa stellte fest, „dass im Jahr 1980 an den niedersächsischen Gesamtschulen 20 Prozent mehr weiterführende Abschlüsse als im gegliederten Schulwesen vergeben wurden, obwohl die Leistungsergebnisse insgesamt hinter den Leistungen der Schüler des gegliederten Schulwesens zurückblieben“. Das heißt: Die Abschlussquoten der Gesamtschulen mögen schön aussehen, werden aber quasi planwirtschaftlich mittels Senkung des Anspruchsniveaus hochgetrimmt. Dabei kostete Gesamtschule um bis zu 30 Prozent mehr. Das sagte Anfang der 1990er-Jahre ein vom NRW-Kultusministerium in Auftrag gegebenes Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum. Die Gesamtschule ist kaum über den Status einer teuren Luxus-Hauptschule hinausgekommen.

Gesamtschule war auch später weit davon entfernt, einem Vergleich mit dem gegliederten Schulsystem standhalten zu können. Die Befunde, dass Gesamtschüler bei weitem nicht das leisten, was Realschüler und Gymnasiasten leisten, bekamen seit 1996 durch die Studie „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter“ (BIJU) des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung besondere Brisanz. Für NRW wurde festgehalten: Am Ende der zehnten Klasse liegen Gesamtschüler leistungsmäßig im Vergleich mit Realschülern um zwei, im Vergleich mit Gymnasiasten um mehr als zwei Jahre zurück – und das trotz einer Schülerklientel der Gesamtschule, die sich von der Schülerklientel der Realschule weder hinsichtlich sozialer Herkunft noch hinsichtlich intellektueller Fähigkeiten unterscheidet.

Faktum ist ferner: Deutschland liegt bei Pisa 2006 (die Ergebnisse von Pisa 2009 sind noch nicht bekannt) mit 516 Punkten international auf Platz acht und damit keineswegs auf einem schlechten Platz. Es liegt deutlich vor Gesamtschul-Pilgerländern, nämlich acht Plätze vor Schweden (503 Punkte) und zehn Plätze vor Dänemark (496 Punkte). Die deutsche Gesamtschule rangiert mit 477 Punkten 48 Punkte (also gut ein Schuljahr) hinter der Realschule (525) und mit 121 Punkten (entsprechend drei Schuljahren) weit hinter den

Gymnasien (598). Zudem sind Sachsen und Bayern eben ohne Gesamtschulen die einzigen deutschen Länder, die bei Pisa ganz nahe an den Pisa-Sieger Finnland herankommen.

Eine Langzeitstudie von Helmut Fend hat zudem 2008 nachgewiesen: Der Besuch einer Gesamtschule schafft keineswegs verbesserte soziale Aufstiegsmöglichkeiten. Basis dieser Untersuchung mit dem Titel „LifE“ (Lebensverläufe Kindheit ins frühe Erwachsenenalter) war die Analyse der Lebensläufe von 1527 Personen vom zwölften bis zum 35. Lebensjahr im Großraum Frankfurt. Zentrales Ergebnis ist: Die soziale Selektivität bei den verschiedenen Stufen des Bildungs- und Berufsweges wird weder durch Förderstufen (eine Art verlängerte Grundschule) noch durch Gesamtschulen reduziert, wiewohl diese Schulformen diesen Anspruch seit Jahrzehnten erheben.

Popper schüttelt den Kopf

Solche Erkenntnisse werden von Gesamtschulpropheten großzügig weggewischt – außer es geht um den eigenen privaten Bereich. Dann nämlich schicken Gesamtschulpolitiker ihre eigenen Kinder nicht an Gesamtschulen, sondern an Schulen des gegliederten Schulsystems, oft an private Gymnasien. Weggewischt wird gerne auch, dass Einheitsschule in den USA, in Großbritannien, in Frankreich oder in Japan nicht einmal Mittelmaß produziert und dass sich dort als Folge der Einheitsbeschulung ein sozial hochselektives Privatschulsystem etablierte.

Der größte Skandal freilich bleibt: Hier wird einer Institution seit Jahrzehnten nachgewiesen, dass sie wenig leistet und dieses weit übersteuert. Trotzdem sind die Akteure unbelehrbar. Immer wieder neu arbeiten sie an der Reanimation dieses schulpolitischen Dinosauriers. Friedrich Nietzsche hätte solche geplante Realitätsverweigerung nordrhein-westfälischer Provenienz verächtlich abgetan mit den Worten: „Denn so ist der Mensch! Ein Glaubenssatz könnte ihm tausendfach widerlegt sein – gesetzt, er hätte ihn nötig, so würde er ihn immer wieder für wahr halten.“ Für Karl Popper wäre aktuelle rot-grüne NRW-Schulpolitik wider alle Empirie ein orakelnder und moralisierender Irrationalismus. So ist der Mensch aber nun einmal, auch als Politiker: Was der Bauch nicht will, lässt der Kopf nicht rein.

Josef Kraus ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und Oberstudiendirektor in Vilsbiburg bei Landshut. Von ihm erschien zuletzt „Ist die Bildung noch zu retten?“ (Herbig).